

»Ich glaube, es sickert beim ORF«

Nach der Kritik an der Gala für »Licht ins Dunkel« vor einem Jahr gelobte der ORF Besserung. Für Publikumsrat Martin Ladstätter verläuft der Neustart »holprig« – und unter dem falschen Namen



Martin Ladstätter, 57, ist Vizepräsident des Österreichischen Behindertenrates, von dem er 2022 in den ORF-Publikumsrat entsandt wurde

DIE ZEIT: Herr Ladstätter, nächste Woche strahlt der ORF die *Licht ins Dunkel*-Gala aus. Schalten Sie ein?

Martin Ladstätter: Ja sicher. Als Publikumsrat des ORF muss ich das auch. Mich werden ja auch Leute danach fragen, ob es besser geworden ist. Es hat heißen, man bemühe sich um ein anderes Format, das nicht mehr so große Kritik auf sich zieht. Die Sendungen der vergangenen Jahre haben es ja sogar in die Satire des ZDF geschafft.

ZEIT: Sie sprechen von der Sendung *Die Anstalt*, die unter dem Titel »Quote machen mit behinderten Menschen« den ORF parodiert hat, inklusive Seitenhieb auf den Auftritt von DJ Ötzi, bei dem ein Kind mit Beinprothese auf einem Roller um ihn herumfuhr.

Ladstätter: Die Kritik ist einigen beim ORF sehr nahegegangen. Es kam ja auch vor der letztjährigen Gala die Doku der Plattform »andererseits« heraus, in der Menschen mit Behinderungen massive Vorwürfe äußerten. Das war schon heftig, davon wurde der ORF überrascht. Aber dass ein öffentlich-rechtlicher Sender aus Deutschland sagt: Freunde, so

könnt's das nimmer machen, ihr seid's im falschen Jahrzehnt – das ist noch mal ein anderes Level. Ich bin schon gespannt, welche Qualität die heurige Gala haben wird.

ZEIT: Der schwerwiegendste Vorwurf gegenüber *Licht ins Dunkel* war, dass Menschen mit Behinderungen als Bittsteller dargestellt werden.

Ladstätter: Das ist auch teilweise so. Das darf sich nicht wiederholen. Jetzt weiß ich noch nicht, wie die Gala heuer aussieht, aber als Publikumsrat sage ich: Es liegt im Interesse der Zuschauer, dass die Show und alle eingespielten Beiträge besser werden.

ZEIT: Und als Vizepräsident des Österreichischen Behindertenrates?

Ladstätter: Fordere ich, dass sie gut werden.

ZEIT: *Licht ins Dunkel* ist seit 50 Jahren eine Institution in Österreich, die Gala im ORF sahen 2022 rund eine halbe Million Menschen, die 3,64 Millionen Euro gespendet haben. Verstehen Sie, wenn viele Zuseher von der Kritik befremdet sind?

Ladstätter: Natürlich kann den Zuseherinnen und Zusehern nicht zugemutet werden, dass sie kontrollieren, was mit ihren Spenden passiert. Sie vertrauen

und geben guten Willens Geld her, damit es Menschen mit Behinderungen besser haben. Das ist von der Motivation her völlig okay. Die Frage ist: Würden sie auch spenden, wenn sie die Zusammenhänge kennen? Wenn sie zum Beispiel wüssten, dass, wenn der Verein »Licht ins Dunkel« die Ausstattung eines Heimes finanziert, sich das Bundesland einen Zuschuss erspart? Da wären sie wohl nicht so glücklich.

ZEIT: Klassischerweise fließt das Geld in Dinge wie spezielle Fahrräder für Kinder im Rollstuhl oder Lifte für Badewannen.

Ladstätter: Genau, das haben Behindertenvertreter auch immer bemängelt: Es werden Notwendigkeiten finanziert, die eigentlich die öffentliche Hand bezahlen müsste. Ob das ab jetzt wirklich anders wird – es ist noch zu früh, das zu beurteilen.

ZEIT: ORF-Generaldirektor Roland Weißmann hat als Reaktion auf die Vorwürfe im Februar einen Round Table einberufen. Sie waren dabei und haben vom »Start eines gemeinsamen Prozesses« gesprochen. Wie läuft es denn?

Ladstätter: Holprig, weil so gemeinsam ist der Prozess nicht. Es wurden zwei Arbeitsgruppen einge-

richtet – eine ORF-interne, die alle rund 400 Beiträge über Menschen mit Behinderungen bei *Licht ins Dunkel* gesammelt hat, aber ohne externe, kritische Stimmen einzubeziehen. Eine zweite Arbeitsgruppe des Vereins *Licht ins Dunkel* versucht, die Spendengelder in innovativere Projekte zu lenken, nicht in Badewannen-Lifte oder ähnliche Dinge, die die Sozialversicherung bezahlen müsste. Aber mir scheint die Zusammenarbeit zwischen dem Verein und dem ORF derzeit noch nicht gut genug, um wirklich substanzielle Veränderungen herbeizuführen.

ZEIT: Pius Strobl, als Chef des »Humanitarian Broadcastings« im ORF hauptverantwortlich für *Licht ins Dunkel*, tat die Kritik als gesteuert von einer »Minigruppe« ab.

Ladstätter: Die Äußerung von Herrn Strobl werde ich als seine persönliche Meinung. Die Kritik an *Licht ins Dunkel* ist ja nicht neu. Neu ist, dass sie auf breiterer Ebene im ORF ankommt. *Licht ins Dunkel* war früher unantastbar, das Parade-Engagement des Senders. Das ist vorbei. Der eine oder die andere fühlt sich vielleicht eher persönlich angegriffen und will sich nicht sachlich mit den Mängeln auseinandersetzen. Aber ich glaube, dass es im ORF sickert und Veränderungen in Gang kommen.

ZEIT: Sogar der Name steht zur Disposition. Soll sich »Licht ins Dunkel« umbenennen?

Ladstätter: Ich finde den Namen fürchterlich, weil das Wort »Dunkel« impliziert, dass Menschen mit Behinderungen in Finsternis leben, also kein schönes Leben haben können. In der Zeit, als er erfunden wurde, hat der Name vielleicht gepasst. Aber das ist ein halbes Jahrhundert her.

ZEIT: Der Verein und auch der ORF haben Angst um ihre starke Marke, heißt es.

Ladstätter: Der Verein hat eine Namensänderung abgelehnt. In Deutschland gab es eine ähnliche Diskussion um die »Aktion Sorgenkind«. Ein gigantischer Markenwert, aber der Name war irgendwann tot. Sie haben es umbenannt in »Aktion Mensch« – und es funktioniert.

ZEIT: Die Regierung hat sich in Punkt 168 des »Nationalen Aktionsplans Behinderung« 2022 zur Neuausrichtung von *Licht ins Dunkel* bekannt. Sollte sie Druck machen?

Ladstätter: Die Bundesregierung wollte wohl ausdrücken, dass sie mit der Darstellung von Menschen mit Behinderungen in der Sendung nicht zufrieden ist. Das ist anzuerkennen, aber es fällt nicht in ihre Kompetenz, dem Verein oder dem ORF etwas vorzuschreiben. Und ob es glaubwürdig ist?

ZEIT: Ist es das nicht?

Ladstätter: Ich erinnere an die peinliche Szene, als Kanzler Karl Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler im November 2022 bei der Gala verkündeten, die Spendensumme zu verdoppeln. Später sind sie draufgekommen: Der Staat kann nicht ohne Rechtsgrundlage Geld verschenken, dafür musste extra noch ein Gesetz gebastelt werden. Das war sicher nicht böse gemeint, zeigt aber, wie mit dem Thema umgegangen wird.

ZEIT: Sind Sie also gegen Politiker bei der Gala?

Ladstätter: Nein, nicht grundsätzlich. Warum soll man dort nicht auch Politiker interviewen? Nur dann eben auch zu ihrer Inklusionspolitik.

Es muss ja nicht der *Report* werden, aber Politiker nur zu ihrem bevorzugten Weihnachtessen befragen – dafür muss man sie nicht einladen.

ZEIT: Die Inklusionspolitik würde als Thema nicht zum Vorweihnachtsfrieden beitragen – gerade erst haben die UN untersucht, wie die Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird, und Österreich ein mäßiges Zeugnis ausgestellt ...

Ladstätter: ... es war katastrophal, offen gesagt. Eine halbe Seite Lob, rund 15 Seiten Kritik. Da steht relativ deutlich drinnen, wie Österreich versagt hat, und zwar in zentralen Bereichen: Zusammenarbeit zwischen Bund und Bundesländern, Barrierefreiheit im Wohnbau, inklusive Bildung, Gleichstellung.

ZEIT: Oft geht es nicht nur um ein paar fehlende Euro, sondern Grundsatzfragen. Das Bildungssystem etwa nennt die UN »segregierend« und empfiehlt, die Sonderschulen abzuschaffen.

Ladstätter: Genau, nur dazu müsste Österreich einen ganz neuen Ansatz fahren, aber es fehlt am Willen. Teilweise wird schon verstanden, was notwendig wäre, um die Konvention umzusetzen. Es ist ein Nichtwollen.

ZEIT: Wie sähe dieser neue Ansatz aus?

Ladstätter: Das gesamte Schulsystem in Österreich basiert auf Aussonderung. Aber eigentlich haben wir uns in der Behindertenrechtskonvention auf ein anderes Prinzip festgelegt: Wir wollen nicht aussondern, sondern einen inklusiven Ansatz verfolgen. Das stimmt nicht mit den derzeitigen Denkmustern des Bildungssystems überein.

ZEIT: Wenn aber klar in der Behindertenrechtskonvention steht, dass Sonderschulen abgeschafft werden müssen – wer blockiert?

Ladstätter: Das Bildungsministerium hat sich massiv dagegen gewehrt, dass im Nationalen Aktionsplan Behinderung, in dem die Konvention umgesetzt werden soll, mehr als Blabla zur Bildung drinsteht. Kein Wort darüber, wie man es schafft, dass ab 2028 Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in die Schule gehen.

ZEIT: Wenn die Regierung sie nicht umsetzen will, warum ist Österreich dann überhaupt 2007 der Konvention beigetreten?

Ladstätter: Sie wussten nicht, was sie damit zusagen. Als der damalige Sozialminister Erwin Buchinger bei den UN in New York die Konvention unterschrieben hat, hat er mir vorher gesagt: Das können wir leicht unterschreiben, wir haben das schon umgesetzt. Wir

in der Behindertenbewegung wussten: Das ist Unsinn. Trotzdem gibt es Bereiche, in denen die Umsetzung begonnen hat, zum Beispiel bei der Persönlichen Assistenz. Aber in einigen hat sich eben noch gar nichts bewegt, inklusive Bildung ist einer davon. Da fehlen nicht die Mittel, sondern der Wille fehlt.

ZEIT: Wenn die Mängel bekannt sind und die Mittel da wären – woran hakt es denn?

Ladstätter: Ein Beispiel: Das sehr hochgelobte inklusive Bildungssystem in Italien ist auch nicht so lange diskutiert worden, bis sich alle einig waren. Sondern Rom hat vor rund 45 Jahren gesagt: Schluss, aus, in Italien wird jetzt Inklusion umgesetzt. Punkt. Dieses Moment fehlt bei uns.

Die Fragen stellte **Christian Bartlau**

ANZEIGE

MILLE MIGLIA CLASSIC CHRONOGRAPH

Chopard

THE ARTISAN OF EMOTIONS – SINCE 1860

CHOPARD BOUTIQUE WIEN
KOHLMARKT 16, +43 (0)1 533 719 719, BOUTIQUE@CHOPARD.AT